Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde

Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel

Band: 84 (1984)

Artikel: Sittlichkeit, Nationalgefühl und frühe Ängste vor dem Proletariat : Untersuchungen zu Politik, Weltanschauung und Ideologie des Basler Bürgertums in der Verfassungskrise von 1846/47

Autor: [s.n.]

Kapitel: 2: Die Verfassungskrise

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-118140

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

dem Zürcher Georg von Wyss durchbrochen, was sich allerdings als sehr fruchtbar erwies. Aus der (für Basel im 19. Jahrhundert generell nicht sehr zahlreichen) wissenschaftlichen Literatur möchte ich hier nur Paul Burckhardts «Geschichte der Stadt Basel von der Trennung des Kantons bis zur neuen Bundesverfassung, 1833–1848» in den Basler Neujahrsblättern von 1912 bis 1914 erwähnen. Diese «Geschichte der Stadt Basel . . .» ist bis heute wohl die ausführlichste Schilderung jener Zeit; die Darstellung der Verfassungskrise stützt sich auch auf die Berichte des Regierungsspitzels und ist somit relativ präzis, bleibt allerdings einem von der eigenen Vergangenheit erwärmten Blick auf die Ereignisgeschichte verhaftet. Burckhardt bietet aber vor allem eine breite Information über die politischen und Verwaltungsstrukturen, über Wirtschaft und Kultur der Stadt resp. der bürgerlichen Schichten in Basel. Diese Darstellung, als eigentlich notwendiger Hintergrund meiner Analyse, konnte ich im Rahmen dieser Arbeit nicht selbst leisten, und ich verweise daher hier vor allem auf den wirtschafts-, kultur- und institutionsgeschichtlichen ersten Teil seiner Schrift (1912).

2. *Die Verfassungskrise*

Die Basler Verfassungskrise, über die hier zu handeln sein wird, hatte ihre unmittelbare Ursache nicht direkt im politischen Leben Basels selbst, sondern in einem aussenpolitischen Ereignis, dessen blutiger Ernst hier dann als Komödie, als ein in der Geschichte der Stadt eigentlich bedeutungsloses Zwischenspiel seine Reprise fand.

Es war die Zeit der Jesuiten und des Sonderbundes. Die radikalen Kräfte der Schweiz hatten auf der Tagsatzung vom September 1846 vergeblich versucht, die protestantischen Kantone zu einer zum Kampf gegen das katholische Bündnis entschlossenen Mehrheit zu vereinen. Es fehlten zwei Stimmen – zum Beispiel jene von Basel und Genf[8]. In Genf lösten die Konservativen mit ihrem Tagsatzungsvotum jenen blutigen Aufstand aus, der sie von der Macht entfernte. Unter der Führung von James Fazy griffen die Genfer Radikalen und weite Teile der Bevölkerung einen Monat nach der Abstimmung auf der Tagsatzung zu den Waffen und stürzten in einem dreitägigen Bürgerkrieg die verhasste konservative Regierung. Seit Donnerstag, dem 8. Oktober 1846 trafen in Basel Nachrichten über die beginnende Revolution in Genf ein, am Samstag

[8] His, Staatsrecht, 125.

berichtete der Korrespondent des Intelligenzblattes über den endgültigen Sturz der Regierung:

«Heute Morgen hat der Staatsrath seine Demission eingegeben.... Es war ein schmerzlicher Moment. Ich sah Männer wie Kinder weinen, andere ihre Waffen an den Mauern zerschlagen, die Staatsräthe eilten mit Tränen in den Augen nach Hause. Genfs würdige Regierung, Genfs edle alte Aristokratie, die so weise mit den alten Erinnerungen die neuen demokratischen Prinzipien zu verbinden wusste, war nicht mehr. Die muthigste Regierung des protestantischen Conservatismus fiel unter den Streichen der Revolution. Es war ein ergreifender, furchtbarer Augenblick, als die Sansculotten ihr Hohngeschrei diesen davoneilenden Männer nachsandten.» (InB 10.10.46)

Dieser und andere kurze Berichte vom «Fall» Genfs haben im protestantischen, konservativen Basel eine plötzliche, ungeheure Erregung ausgelöst, einerseits eine Panik der «Herren» vor dem Gespenst der Revolution und andrerseits die fiebrige Erwartung der Radikalen und Liberalen, dass Basel nun auch «freisinnig» werden müsse. Bei Silbernagel, einer der Stammkneipen der Radikalen, war, wie der Spitzel berichtete, «die Stube mit Milizen aufgefüllt, alles jubelte und that fromme Wünsche für das Gelingen der Empörung». (SB 10.10.46) – Die konservativen Bürger ihrerseits fühlten, wie Ratsherr Vischer später im Grossen Rat sagte, den Boden unter ihren Füssen wanken[9]. Andreas Heusler, prominentester Konservativer – bestgehasst bei den Radikalen der ganzen Schweiz –, Ratsherr und Redaktor der Basler Zeitung, brachte in einem Brief an seinen Zürcher Freund Georg von Wyss vom 14. Oktober die tiefe Erschütterung und auch schon die bittere Resignation zum Ausdruck, welche die protestantischen «Herren» der Stadt in jenen Tagen erfasst hatten:

«Die Nachrichten von Genf haben bei uns *gewirkt,* als ob die Ereignisse hier vorgefallen wären; wir sind an der Rhone totgeschlagen worden, ohne dass wir nur davon träumten, und es bleibt nichts mehr zu tun – als den Todesschein auszustellen. Dieses wird geschehen und zwar in aller friedlichster und charmantester Weise, denn soweit ist man bei uns noch nicht, dass man sogar Tote niederschiesst[10].»

Trotz aller anfänglichen Erregung blieb es in Basel in den nächsten Tagen wider Erwarten völlig ruhig; der Spitzel konnte sogar berichten, dass die Radikalen anfänglich gar nicht an einen Regie-

[9] vgl. InB 2.11.46.
[10] Briefwechsel Heusler/Wyss, 52.

rungswechsel dachten, «weil es lauter Ehrenmänner seyen, welche ganz vorzüglich regiren für die Stadt» (SB 10.10.46) – Anlass der Unzufriedenheit gab ja auch in erster Linie die eidgenössische, die «äussere» Politik Basels.

In dieser doch sehr unklaren Lage ging eine knappe Woche nach dem Eintreffen der Berichte über die Genfer Revolution das Gerücht durch die Stadt, dass auf der Landschaft ein Freischarenzug zum Sturz der Regierung und zur Wiedervereinigung Basels zu einem radikalen Kanton vorbereitet werde[11]. Nun schlug die Stimmung wieder um, der Schein der Ruhe und der Stabilität zerbrach nun doch am Schein revolutionärer Hoffnungen. Allein, real war nur die Angst der Konservativen. Deren Furcht, dass – so der Spitzel – «alle Greuel des Bürgerkrieges alsdann auf der Tagesordnung» (SB 17.10.46) ständen, die, wenn auch imaginierte, so dennoch subjektiv unmittelbare und konkrete Drohung mit revolutionärer Gewalt scheint der letzte Anstoss für die weitere Bewegung gewesen zu sein, von der in diesen Tagen noch niemand wusste, ob sie nicht im Bürgerkrieg endete. Das Erschrecken der Konservativen über die Erosion all jener festgefügten Selbstverständlichkeiten, auf denen die Regierung einer aristokratischen Schicht reicher Bürger beruhte, hat nach Einschätzung des Spitzels «den Liberalen und Radicalen in den verstrichenen 24 Stunden mehr Gewalt (moralisch) in die Hände gespielt, als sie in einem Jahr erhalten hätten. Wer früher nicht zu sprechen wagte, ist jetzt auf einmal liberal.» (SB 18.10.46)

Nun kam die liberale Sache doch noch in Schwung. Am 17. Oktober veröffentlichte die National-Zeitung als Organ dieser politischen Bewegung[12] eine «Erklärung», in der sie von der Regierung die «Annäherung und Aussöhnung mit den liberalen Kantonen» forderte sowie verlangte, dass sie auf der Tagsatzung für die Aufhebung des Sonderbundes und die Ausweisung der

[11] Dies berichtet der Spitzel am 17.10.46.

[12] Obwohl die politischen Gruppierungen resp. Tendenzen vom Spitzel und in den Zeitungen meist «Parteien» genannt werden, sind die Begriffe «Bewegung» oder, dann schon etwas enger, «Club» (den der Spitzel auch verwendet), für jene Zeit wohl am angemessensten. Als eigentlicher Kern der liberalen Bewegung existierte seit dem 15. Januar 1845 (NZ 17.1.48) der «Patriotische Verein», aber dieser konnte sich erst Ende Oktober 1846 eine eindeutige Führungsrolle in der Bewegung sichern, denn erst jetzt fungierte sein Ausschuss als «Comité Directeur» mit Sitz bei dem Verleger der NZ, Schabelitz. (SB 23.10.46)

Im Oktober wurde als Reaktion auf den wachsenden Einfluss der «Patrioten» (SB 6.11.46) von Karl Sarasin und Wilhelm Schmidlin (vgl. Roth, 186) der konservative «Bürger-Verein» gegründet. (TB 30.1.46) Wie gross sein Einfluss war, weiss ich allerdings nicht.

Jesuiten aus der Schweiz stimme. «Wollte man auch noch seine Wünsche in kantonaler Hinsicht darthun», so hiess es weiter, «so dürfte dahin, mehr oder weniger, Aufhebung der Wahlkollegien gegen Quartierwahlen, Erweiterung des Wahlrechts» – nicht aber das allgemeine Wahlrecht für alle niedergelassenen Schweizer! –, «Aufstellung eines besonderen Grossratspräsidiums, Schutz unseres Gewerbestandes gegenüber dem Auslande u.s.w. aufgezählt werden.» (NZ 17.10.46) Diese «Erklärung» wurde mit der Aufforderung an die Regierung verbunden, «eher zurückzutreten, als unsere Vaterstadt in eine bedauernswerthe Lage zu bringen.»

Die «Herren» der Stadt, die – wie Werner Kaegi einmal sagte[13] – «auf Zusehen hin» regierten, wussten dank den täglichen Berichten ihres Spitzels, wie weit sie dem Niedergang ihrer Herrschaft steuern, ja entgegensteuern konnten. Trotz allen anders lautenden Gerüchten und trotz allem liberalen Verbalradikalismus «soll die Umgestaltung in den bewussten Sachen ruhig ablaufen», versicherte der Spitzel in seinem Bericht vom 17. Oktober. Das Ratsherrenregiment konservativer Prägung überlebte die befürchtete revolutionäre Umwälzung, weil führende Konservative diese Zurückhaltung der liberalen Opposition zu nutzen wussten und versuchten, die Veränderungen, die unvermeidlich erschienen, in ihrem Sinne zu gestalten. Um diesen Prozess in Gang zu bringen, versammelte sich am Abend des 17. beim Architekten Melchior Berri ein Kreis von reichen Bürgern aus dem konservativen *und* dem liberalen Lager. Dort tauchte allem Anschein nach von konservativer Seite[14] erstmals der Gedanke einer Verfassungrevision auf, «welcher», so Heusler, «sofort bei allen Anklang fand.[15]»

Der weitere Gang der Ereignisse ist ein Musterbeispiel konservativer Konfliktbewältigungsstrategie, wie sie die Herrschaftsträger unseres Landes bis heute meist so glänzend zu handhaben wissen. Die Konservativen (als durchaus nicht homogene politische Tendenz) präsentierten den Führern der Liberalen nacheinander zwei Möglichkeiten, den Bürgerstreit zu schlichten. Erstens: der «linke» Flügel der Konservativen, das heisst das sogenannte Juste Milieu um den Wollhändler und Richter Georg Fürstenberger anerbot den Liberalen, die Postulate der «Erklärung» vom 17. Oktober zu unterstützen, wenn diese auf die so viele Emotionen aufwühlende Forderung nach Ausweisung der Jesuiten aus der Schweiz verzichteten. Dieses Bündnisangebot scheiterte offenbar

[13] Kaegi, 208.
[14] vgl. TB 26.11.46.
[15] Briefwechsel Heusler/Wyss, 57.

am Widerstand der Radikalen, die den Braten rochen, und Fürstenberger musste sein Angebot zurückziehen[16]. Doch trotz diesem Rückzug hat wohl schon diese erste Annäherung an den gemässigten Flügel der Konservativen die Liberalen weitgehend von ihrer radikalen Basis in den Kneipen entfremdet, wo, wie der Spitzel beobachtete, «über die Liberalen jetzt schon geklagt wird, als Neuherren betitelt nur deswegen, dass sie sich herausgenommen haben, am Sonntag specielle Versammlungen zu halten, statt die Belehrung vermittelst einer Volksversammlung zu holen.» (SB 20.10.46) Diese «speciellen Versammlungen» waren eben der Besprechung von Fürstenbergers Angebot gewidmet gewesen.

Ungeachtet dieser Kritik der radikalen Wirtshäusler waren die gemässigten Liberalen bereit, auf den zweiten Kompromissvorschlag der Konservativen einzugehen und nun das Projekt einer Verfassungsrevision mitzuunterstützen; die angeblich ultimative «Erklärung», die weit mehr forderte, als durch eine Verfassungsrevision allein je verwirklicht werden konnte, sank damit endgültig zur (radikalen) Wunschliste herab. Einzig die «Wünsche in kantonaler Hinsicht» konnten jetzt noch Gegenstand des politischen Handelns sein. Zusammen mit dezidierten Konservativen sowie Exponenten des Juste Milieu versammelten sich die liberalen Führer am 20. Oktober, um einen für beide Seiten gangbaren Weg aus der Krise zu suchen. Resultat dieser Beratung war die seit einigen Tagen geplante Petition zur Revision der Verfassung von 1833. Der Petitionstext beschränkte sich im wesentlichen darauf festzustellen, «dass im Allgemeinen an die Stelle gegenseitigen Zutrauens ein Gefühl der Misstimmung und der Unbehaglichkeit mit unseren öffentlichen Zuständen getreten ist». (NZ 21.10.46) Das ist die Sprache der Konservativen; statt – wie die «Erklärung» der Liberalen vom 17. – Forderungen zu stellen, beschränkte sich der Text dieser Petition auf politische Diagnostik. Die liberale Kritik an der konservativen Politik vornehmlich in eidgenössischen Fragen erscheint hier als ein allgemeines «Gefühl der Misstimmung», als eine Krise des «republikanischen Gemeinwesens». Zwar drückt sich in diesen Worten das aus, was wir heute modern «Legitimationskrise» nennen, doch damals war mit diesen, der Optik einer einzigen Partei entzogenen Formulierungen der Kritik die Spitze gebrochen.

Die Petition vereinigte in wenigen Tagen die stattliche Zahl von 700 Unterschriften durchaus nicht nur liberal gesinnter Bürger auf

[16] vgl. SB vom 20.10.46 und NZ vom 14.11.46, die rückblickend von einer unglaubwürdigen «Annäherung» von «Neuliberalen» sprach.

sich. Der Zweifel daran, ob die Regierung die Petition annehmen werde, gab zwar ein letztes Mal Putschgerüchten in den Kneipen Auftrieb, war aber völlig unbegründet: die Regierung setzte auf den 29. Oktober eine ausserordentliche Grossratsdebatte an, in welcher die Deputierten nach langer Verhandlung Eintreten beschlossen und den Prozess der Totalrevision der Verfassung einleiteten. Erst musste nun von allen Aktivbürgern in einer Abstimmung die Senkung des Stimmrechtsalters von 24 auf 20 Jahre genehmigt werden, wie sie die liberale Version in einem Zusatz zum gemeinsam erarbeiteten Petitionstext verlangt hatte – es war dies übrigens der einzige Erfolg des radikalen Flügels der Bewegungspartei. In den nächsten zwei Wochen wählte dann die solchermassen erweiterte Aktivbürgerschaft in verschiedenen Wahlgängen (Zünfte, Wahlkollegien und neu nun auch in den Quartieren) die 119 Mitglieder des Verfassungsrats. Die Liberalen verpassten die Mehrheit deutlich, wenngleich sich das politische Profil des Verfassungsrats gegenüber dem alten Grossen Rat etwas nach links verschoben hatte.

Der Verfassungsrat wählte an seiner konstituierenden Sitzung aus seiner Mitte eine Kommission von 15 Mitgliedern aller Couleur, die in langen Sitzungen entlang dem «Leitfaden» der Verfassung von 1833 (so die NZ) kaum zu neuen Ufern vorstiess. Ich hebe nur die wichtigsten Punkte aus diesen Verhandlungen hervor: *Erstens:* Die an die Trennung von 1833 erinnernde Namensgebung «Canton Basel-Stadttheil» wurde durch «Kanton Basel-Stadt» ersetzt. *Zweitens:* Die Kommission stimmte mit grosser Mehrheit einer verfassungsmässigen Garantie der Zünfte «vorbehältlich einer zeitgemässen Revision» zu – trotz dem Bedenken, dass «zuletzt auch die Fabrikarbeiter vorsorgliche Bestimmungen gegen Verdienstlosigkeit begehren» könnten. (BZ 15.12.46) *Drittens:* Der Wahlmodus für die Grossratswahlen[17] wurde weiter liberalisiert, insbesondere fielen der Vermögenszensus für die Wahlen

[17] Paragraph 29, Absatz A der Verfassung von 1833 legte fest, dass nur jene männlichen Bürger ihre Souveränitätsrechte wahrnehmen konnten, die 1. Mitglied einer Zunft seien, 2. «das 24ste Jahr zurückgelegt oder durch Heirat die Mehrjährigkeit erlangt haben», 3. «keine Dienstboten sind», 4. «keine Armensteuern geniessen» und 5. «weder Falliten oder Akkordanten, noch durch Urtheil und Recht oder durch irgend eine Art Bevogtung ihres Aktivbürgerrechts verlust oder stillgelegt sind». Gewählt wurde in den Zünften und in den durch das Los gebildeten Wahlkollegien, wo – im Gegensatz zu den Zunftwahlen – ein Vermögenszensus herrschte, der ca. ⅙ der rund 2000 Aktivbürger ausschloss. Übrigens machte die Tatsache, dass die Wahlen jeweils an einem Arbeitstag stattfanden, den meisten Lohnabhängigen den Besuch der Wahlversammlungen praktisch unmöglich.

in den Wahlkollegien und die Bestimmung, dass Dienstboten von den Wahlen ausgeschlossen seien, fortan weg. Der gänzliche Verzicht auf die Wahlkollegien zugunsten der Quartierwahlen fand hingegen keine Mehrheit. *Viertens:* Die Kommission wollte beim Ratsherrenregiment bleiben und lehnte einen Regierungsrat aus besoldeten und sachverständigen Direktoren der einzelnen Verwaltungszweige ab. *Fünftens:* Die alte Trennung der Verwaltung in städtische und kantonale Behörden wurde, wenn auch etwas modifiziert, weiterhin beibehalten, was vor allem den Konservativen wichtig war.

Ende Januar 1847 lag der fertige Entwurf der Kommission vor. Die vom Verfassungsrat nach 35 Sitzungen am 22. März zu Ende beratene Verfassung unterschied sich kaum vom Kommissionsentwurf (im wesentlichen bis auf die Bestimmung, dass der Bürgerschaft nicht nur die kantonale Verfassung, sondern auch jede Änderung der Bundesverfassung zur Annahme oder Verwerfung vorzulegen sei, sowie die Verpflichtung des Gesetzgebers, den Einsassen die Erwerbung des Bürgerrechts zu erleichtern). Höhepunkt der Verhandlungen des Verfassungsrats war die dreitägige Monsterdebatte über die «Gewerbsverhältnisse», in der sich der Rat schliesslich zu einer erstmals gewährten verfassungsmässigen Garantie der Zunftordnung für das städtische Handwerk mit all ihren die Produktion und den Import hemmenden Bestimmungen durchrang – ich werde darauf zurückkommen.

Am 8. April stimmten die Aktivbürger mit grosser Mehrheit zwar, aber doch bei mässiger Stimmbeteiligung dem neuen Verfassungswerk zu und wählten vom 11. bis zum 24. April mit ebenso mässiger Beteiligung einen neuen Grossen Rat, der nun wieder deutlich konservativer zusammengesetzt war als der Verfassungsrat. Dennoch hat dieses neue Parlament – gleichsam als abschliessende Geste der Versöhnung – mit Obest Stehlin, Achilles Bischoff und anderen einige gemässigte Liberale in den neuen Kleinen Rat gewählt. Bürgermeister Karl Burckhardt, ein «harter» Konservativer, stellte sich für dieses Amt nicht mehr zur Verfügung und wurde dann auch nicht mehr in den Kleinen Rat gewählt. Neben dem bestätigten Bürgermeister Frey nahm nun der Fabrikant Felix Sarasin die zweite Bürgermeisterstelle ein. Andreas Heusler stellte sich auch nicht mehr zur Wahl; er wusste schon im Oktober von «Gerüchten über eine bevorstehende Exekution des Kleinen Rates, wobei namentlich es auf Bürgermeister Burckhardt und mich abgesehen wäre»[18]. Dass diese «Gerüchte»

[18] Briefwechsel Heusler/Wyss, 54.

sich dann realisierten, deutet auf entsprechende taktische Absprachen zwischen Konservativen und Liberalen in der Endphase der ganzen Verfassungskrise hin.

Doch trotz diesem Austausch von Personen, trotz dem neugeschaffenen Amt des Grossratspräsidenten und der Liberalisierung des Wahlmodus hat Basel keine liberale Revolution, ja nicht einmal eine spürbare Veränderung seiner politischen Verhältnisse erlebt. Im Winter 1846 begann sich sehr deutlich schon eine Entwicklung abzuzeichnen, die die National-Zeitung emphatisch den «Weg der friedlichen Verständigung» nannte. Die unerwartet schnelle Integration der Liberalen, die Verflüssigung, ja Auflösung ihrer Kritik durch deren Einbezug in den herrschenden Diskurs fand in einer geradezu paradoxen Polemik zwischen Heusler und Carl Brenner ihren ironischen Ausdruck. Nach den ersten gemächlichen Schritten auf dem «Weg der Verständigung» spottete Heusler über die Mässigung des politischen Gegners in der Revisionsarbeit: «Soviel wir beobachten konnten, so ging der Wunsch nach einem Verfassungsrathe nicht gerade von dem puristisch-grammatischen Standpunkte aus.» (BZ 12.12.46) Sichtlich beleidigt verteidigte Brenner in der National-Zeitung die bedächtige, am Wortlaut der alten Verfassung angstvoll klebende Revisionsarbeit und warf dem konservativen Ratsherrn «kindische Neuerungswuth» vor! (NZ 19.12.46)

Wie kam es zu dieser erstaunlichen Anpassungsleistung? Gehen wir zurück in den Oktober. Nach der Zusammenkunft am 17. bei Melchior Berri, in der die Idee der Verfassungsrevision erstmals auftauchte, schrieb Heusler seinem Freund von Wyss, er glaube mit Bestimmtheit zu wissen, dass «ohne jene Zusammenkunft eine Volksversammlung stattgefunden hätte»[19], in der die Liberalen versucht haben würden, das «Volk» für ihre «Erklärung» zu mobilisieren. Der Spitzel widersprach dieser Ansicht ebenso bestimmt; etwas schnippisch bemerkte er in seinem Bericht vom 18. Oktober:

> «Der vermeinte Anlass zu dem Schritt der Reichen (um ihm doch einen positiven Namen zu geben) hat niemalen existiert, es war niemalen nur im entferntesten die Rede von einer Volksversammlung». Denn alle Fraktionen der Liberalen, «die Sans Culotten ausgenommen», hätten «eine solche Furcht vor einer Volksbewegung, dass noch lange Zeit hätte können auf dem alten Fluss regiert werden, sogar in Eternum, wenn in der äusseren Politik nachgegeben worden wäre – hätte man nur keine Furcht gezeigt.» (SB 18.10.46)

[19] ibid., 58.

Diese Furcht der Konservativen ist Ausdruck der Destabilisierung eines an Parteienkämpfe noch nicht gewöhnten politischen Systems durch die liberale Opposition. Die Krise der regierenden «Partei» und der scharfe Konflikt in der Bürgerschaft wurde vor allem von den Konservativen als Krise des Gemeinwesens, ja als Krise der bürgerlichen Gesellschaft schlechthin empfunden. Was der Spitzel schon am 18. Oktober behauptet, bewahrheitet sich später: die Liberalen haben sich nie – wie in Genf – mit dem Proletariat zusammengeschlossen, das damals schon in wachsender Zahl in Basels ersten Fabriken arbeitete, sie verweigerten den Nicht-Bürgern den Zutritt zum «Patriotischen Verein» (ausser an Sonntagen ... vgl. SB 28.10.46) und suchten auch keine Verbindung mit den Radikalen auf der Landschaft. Hinter der Furcht der Konservativen vor der politischen Opposition steht die Angst *aller* «Parteien» vor einer Volksbewegung, die – wie immer sie auch ausgesehen haben mag – die Schwäche der herrschenden Ordnung hätte nutzen können.

Gleichwohl scheinen die Liberalen in bestimmten Situationen doch mit der Möglichkeit gespielt zu haben, gewaltsam zum Ziel zu kommen, so vor allem am Tag der entscheidenden Sitzung des Grossen Rates. «Um allen Unordnungen vorzubeugen», heisst es in der NZ vom 29.10.46, hatten die liberalen Offiziere der Pompiers und der Kanoniere ihre durchwegs liberal gesinnten Mannschaften «ohne Zutun der Regierung» aufgeboten, um vor allem das Zeughaus zu bewachen. Die Liberalen konnten sich damit in einer erregten Situation, in der in allen Kneipen Putschgerüchte herumgeboten wurden, als Hüter der bürgerlichen Ordnung profilieren. «Wie es aber komme», so der Spitzel, «wenn der Grosse Rath heute schon die Petition zurückwiese, ist leicht zu errathen, die Waffengewalt befände sich ja schon zu Voraus in Händen der Liberalen.» (SB 29.10.46) Der Kommandant des Zeughauses scheint die schlaue Doppelbödigkeit dieser Ordnungsliebe ebenfalls durchschaut zu haben und liess in der Nacht auf den 29. Gewehre und Kanonen schiessuntauglich machen. – Dachten die Liberalen wirklich an einen Putsch? Ich glaube kaum. Im Tagblatt vom 4. November findet sich eine Einsendung, die erklären kann, warum die Liberalen vor allem das Zeughaus bewachten. Der Autor behauptete, es habe in den letzten Oktobertagen *«eine ganz andere Gefahr»* als diejenige «eines Putsches der hiesigen Liberalen oder einer Gewaltmassregel der Regierung gegen diese» gedroht:

«Zur Vermeidung eines die Conservativen und Liberalen im gleichen Mass bedrohenden Unglücks konnte eine Massregel, wie die durch den

Scharfblick des thätigsten Mitgliedes der Zeughauskammer angeordnete, von grösstem Nutzen sein; es hätte dieselbe auch dann noch den Sieg der Bürgerschaft möglich gemacht, wenn die Pompiers zu schwach, die sämmtlichen Zugänge zum Zeughaus zu vertheidigen, das Eindringen einer unheilbringenden Masse nicht mehr hätten hindern können.» (TB 4.11.46)

Gehen wir dieser Angst, für die sich noch etliche Belege in den Quellen finden, etwas weiter nach und fragen uns, wer denn diese «unheilbringende Masse», dieses «Volk» war, vor dessen Aktivwerden die Konservativen wie auch die Liberalen sich gleichermassen fürchteten. In erster Linie waren das Leute, die sich – im Kneipengespräch – mit der liberalen Sache identifizierten, aber als Nicht-Bürger wie erwähnt keinen Zutritt zu den Versammlungen des «Patriotischen Vereins» hatten. Dazu kamen wohl auch lohnabhängige Bürger und kleine (bürgerliche) Handwerker[20]. – Und das eigentliche Proletariat? Die Volkszählung von 1847 zeigte, dass von der Wohnbevölkerung der Stadt von rund 26 000 Menschen 56% berufstätig waren[21]. Diese Quote ist deshalb so hoch, weil viele der über 7500 Arbeiter, Dienstboten und Taglöhner (und jeweils und vor allem auch -innen!) ohne Familie, nur zum Arbeiten, mit 15 bis 20 Jahren in die Stadt zogen und diese im Alter von 35, 40 Jahren wieder verliessen. Folglich waren auch nur 8% dieser damals schon als «Proletariat» bezeichneten Klasse Bürger der Stadt. Im Bericht des Regierungsspitzels vom 25. Oktober lesen wir nun:

«Dieses Volk, nicht der Pöbel, sondern die Proletarier, hat auch Leute unter sich, die den wirklichen Häuptern der Liberalen nicht nachstehen und einst auch diese stürzen werden. Die Herren Brenner und Consorten sind bei den Proletariern im Verdacht, sie möchten schlechte Herrscher werden, man traut ihnen nicht recht, doch will man ihnen auf den Thron helfen, damit wenigstens gerüttelt wird, schwankt dann das alte Gebäude, so wird es vollends zusammengerissen und vom Proletariat neu aufgebauen. Dass dies erst nach Jahren geschehen soll, verhehlt sich diese ange-

[20] Dies sind Vermutungen, die sich auf einige Aussagen des Spitzels stützen (vom 9.12.46). Eine eingehende Untersuchung dieser oppositionellen (Unter-) Schichten gibt es leider für Basel nicht. Diese hier daher nur undeutlich bezeichenbaren Leute waren denn auch der grösste Teil jener «Wirtshäusler», die der Spitzel nach eigener Aussage belauschte. Zu diesem «Volk» kamen natürlich aber als Objekte des «Lauschangriffs», wie das heute neudeutsch heisst, auch «wohlhabende Bürger, ältere Männer und Professionisten, die sich vor der Gewerbefreiheit fürchten» – eine Schicht, die der Spitzel «die kleine bürgerliche Aristokratie» nannte. (SB 30.10.46).

[21] vgl. Die Bevölkerungs-Aufnahme von Basel-Stadt ...

hende Macht nicht, sie verfolgt aber muthig ihren Zweck und sieht die jetzigen Liberalen blos als Wegebahner an.» (SB 25.10.46)

Mit Blick auf Genf wusste der geheime Informant, dass die Liberalen im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung proletarische Kräfte zur Unterstützung gebraucht hätten. Aber anders als der oben zitierte Einsender im Tagblatt, der seiner Angst vor einer «unheilbringenden Masse» Ausdruck verschaffte, und auch im Gegensatz zu Andreas Heusler, der auch am 25. Oktober seinem Freund Georg von Wyss von «der socialen Gefahr, die uns bedroht»[22], schrieb, schätzte der Spitzel die Situation m.E. weit realistischer ein: bei einem bewaffneten Konflikt «wird das Volk (das heisst eben die Proletarier, phs.), hier wie überall, die Sauce auftunken, wenn sie angerichtet wird, und die Neuherren werden es nach dem Sieg wiederum in Staub treten.»

Wie auch immer: trotz allerschärfstem Verbalradikalismus im Oktober haben die Liberalen nie ein taktisches Bündnis mit Handwerkern und Arbeitern zum Sturz der konservativen Herren gesucht. Die Lust am Untergang des Alten schlug im entscheidenden Moment immer wieder um ins Erschrecken über den damit möglicherweise verbundenen eigenen Untergang; die Infragestellung der Legitimität der alten Herrschaft im Namen einer pathetisch rot-weiss eingefärbten Vernunft (siehe unten) deckte die engen Grenzen – die auch die Kritiker selbst umschlossen – der damaligen bürgerlichen Gesellschaft in dem Sinne auf, als sich diese nicht als vernünftig und somit im Interesse des Menschen schlechthin liegend begründen liessen, sondern offensichtlich von den partikularen Interessen einer besitzbürgerlichen Stadtgesellschaft bestimmt wurden. Diese Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft gegen «aussen» erwiesen sich in dieser Situation als die nur um den Preis einer Volksbewegung überschreitbaren Schranken für die liberalen Bürger selbst; jenseits der vorgegebenen Formen der Konfliktregelung im Rahmen der repräsentativen Demokratie drohten – so die National-Zeitung schon im Oktober – «Anarchie und Sansculottismus».

Zu dieser Angst der Bürger kam nun noch ein Weiteres: die Arbeit des Verfassungsrates und auch die Regierungsumbildung fand im «Volk» bis auf die Debatte um das Zunftwesen keine Beachtung mehr. Die vom Spitzel belauschten «Wirtshäusler», die im Oktober entscheidenden Anteil an der Bewegung hatten, ver-

[22] Briefwechsel Heusler/Wyss, 56.

loren schon bald das Interesse an abstrakten politischen und Verfassungsfragen. Anfang Dezember notiert der Spitzel:

«Über auswärtige Politik, Jesuiten und dergleichen wird wirklich wenig oder gar nicht gesprochen, die Gespräche concentriren sich alle auf die inneren Verhältnisse. Über eigentliche Verfassungsfragen wird eigentlich auch bereits nichts gesprochen, sondern über untergeordnete Punkte, welche mit der Verfassungsangelegenheit verwechselt werden, als: eine Gewerbeschule – nicht so hohe Schulgelder.... mehr Schutz vor Einführung von Meubles, Kleidern u.s.w., mehr Schutz vor Betrug der Metzger und Becker.» (SB 9.12.46)

Dass sich die Erregung in den Kneipen gedämpft und die Diskussionen in diesem Sinne entpolitisiert und auf wirtschaftliche Fragen verlagert hatten (– solange, bis sie überhaupt aufhörten –), lag durchaus im Interesse der konservativen «bürgerlichen Aristokratie». Zu Beginn der Wahlen in den Verfassungsrat rief das Tagblatt die Konservativen dazu auf, auch radikalen Kandidaten die Stimme zu geben, denn

«die gegnerischen Meinungen und Bestrebungen sollen nicht in Wirtshäusern und Klubbs und in den so oft missbrauchten öffentlichen Blättern ihren Kampfplatz suchen müssen, es soll ihnen die Waffe der parlamentarischen Diskussion nicht entzogen werden.» (TB 14.11.46)

Die anfängliche Nähe der Opposition zum «Volk» in den Kneipen war zu unberechenbar und damit für das politische System zu gefährlich. Noch im Oktober hatte das Tagblatt überhaupt Angst vor den Turbulenzen öffentlicher Debatten und schlug daher vor, die Regierung solle «vorerst schriftlich oder mündlich zu den Bürgern sprechen, klar und einfach, wie ein Vater zu erwachsenen Kindern». (TB 22.10.46) Als nun aber die Opposition ihre Anerkennung als gleichgestellter Gesprächspartner, als ehrenwerter politischer Gegner erzwungen hatte[23], und eine paternalistische Lösung des Konflikts nicht mehr möglich war, rief das Tagblatt seine konservativen Leser dazu auf, die Liberalen von den «Wirtshäuslern», vom «Volk» zu isolieren, in dem sie sie in den Verfassungsrat wählen und deren Kritik in die Bahnen des herrschenden politischen Diskurses lenken sollten. Dann

[23] Das «bedeutendste, das folgenreichste Ereignis» der Grossratsdebatte vom 29.10. war für die NZ die durch das Eintreten des mehrheitlich konservativen Rates erfolgte «Anerkennung des liberalen Prinzips als eines die gute, redliche und patriotische Gesinnung in sich schliessendes».

«offenbare sich später die Stimme der Mehrheit auf verfassungsmässigem Wege durch die Wahl entschiedener Vertreter, und die Minderheit beweise die Wahrheit ihres republikanischen Sinnes durch eine aufrichtige Anschliessung.» (TB 14.11.46)

Dass diese konservative Strategie Erfolg zeitigte, haben wir gesehen. Auch der Spitzel registrierte schon Mitte Dezember eine Zersplitterung der liberalen «Partei» (SB 19.12.46): radikale «Wirtshäusler» und liberale «Neuherren» lebten sich auseinander, die gemeinsame Opposition gegen die konservativen Herren blieb eine Episode.

Immer wieder lesen wir nun in den Aufzeichnungen des Spitzels aus den ersten Monaten des Jahres 1847, dass «fortwährend die grösste Ruhe und Stille unter dem Volk» herrsche (SB 27.2.47) «und die Kneipen zusehends an Gästen abnehmen». (SB 10.3.47) Dieser Szenenwechsel war nun sicher nicht *nur* der geschickten Regie der konservativen Politiker und dem willigen Mitspielen der gemässigten Liberalen geschuldet; wahrscheinlich ist vielmehr, dass vor allem die anhaltende scharfe *Getreidepreisteuerung* und die *Krise der gewerblichen Warenproduktion,* mithin also Not und Hunger dem «Volk», und das heisst auch den mittelständischen «Wirtshäuslern» den Mund schloss[24].

Anders die «etwas höhere Classe»: die bessergestellten Bürger diskutierten im meist kleinen, oft privaten Kreis «wohl wegen der Verfassung, jedoch in den gesetzlichen und schicklichen Schranken».(SB 20.3.47) Im November 1846 hatte die National-Zeitung mit nicht überhörbarem drohendem Unterton verkündet:

[24] Schon seit Beginn des Jahres 1846 finden sich in den Quellen Klagen über die immer stärker zunehmende Teuerung der Brotgetreide. Im Durchschnitt des Jahres 1845 lag der Weizenpreis bei 24 Franken pro Malter (= 150 Liter) Korn (Stolz, 71), im Februar 1846 bewegte er sich schon knapp unter der Grenze von Fr. 30.–, stieg bis Ende November bis auf Fr. 36.– und erreichte Ende April 1847 den Höchststand von Fr. 55.75 (Angaben nach den wöchentlichen Fruchtpreismeldungen, BZ und NZ, Jhge. 1846 und 1847). Aufgrund der Angaben zur Suppenverteilung des Staatlichen Armenkollegiums (BZ 7.5.47) lässt sich zeigen, dass ca. 5000 Personen – auch Bürger – regelmässig und über längere Zeit von der staatlichen Armensuppe leben mussten, um nicht zu hungern. Dennoch reissen Klagen über Strassenbettel in den Zeitungen nicht ab. Mit dieser Hungerkrise verbunden war eine Krise der gewerblichen Warenproduktion und ein empfindlicher Konjunktureinbruch. Stolz weist beispielsweise nach, dass der Steuerertrag von 1847 um 20,9% geringer war als jener des Vorjahres. (Stolz, 80) Vor allem der Mittelstand litt unter der Krise, er sei «der Noth viel mehr ausgesetzt als der anerkannte Arme». (SB 10.3.47).

«Die Stärke der Liberalen ruht nicht in der Mehrheit der stimmfähigen Bürger, nein, sie ruht in der Kraft und Entschiedenheit der ihnen angehörigen Bürger und besonders auch auf den zahlreichen schweizerischen Einwohnern, welche bei den Wahlen keine Stimme haben, aber bei einem Ereignisse die Macht der Liberalen bedeutend heben würden.» (NZ 14.11.46)

Fünf Monate später freut sich die gleiche National-Zeitung darüber, dass

«die Haltung der Bürgerschaft während der Beratungen des Verfassungsrates ... ruhig und friedlich war.... In kleineren und grösseren Kreisen» der Bürger wurden «die jeweiligen obschwebenden Fragen lebhaft hin und her besprochen.... Viele Bürger haben sich eine freiere, offenere Sprache angewöhnt ...» (NZ 29.3.47)

Während die radikale Opposition resignierte und unzählige Baslerinnen und Basler mit schwerer materieller Not zu kämpfen hatten, haben die Bürger, die schon im Oktober mit der Opposition sympathisierten, sich «eine offenere Sprache angewöhnt» und «in den gesetzlichen und schicklichen Schranken zu sprechen begonnen». Neben den «direkten Vortheilen unseres Verfassungsrevisionswerkes» sei diese «erhöhte Theilnahme an politischen Angelegenheiten der erfreulichste Erfolg» – so die National-Zeitung am 29. März 1847 ...

Es blieb dies der einzige Erfolg der Liberalen – wenn es, gemessen an den Hoffnungen des Oktobers, überhaupt einer war. Die Wahlen in den neuen Grossen Rat haben sie deutlich verloren. Nicht ohne Schadenfreude gewahrten die Radikalen in den Kneipen, dass bei der friedlichen Verständigung der Bürger untereinander nicht nur die Anliegen der radikalen Opposition auf der Strecke geblieben, sondern dass selbst manche von jenen liberalen «Neuherren», die nicht schnell genug sich in die Bahnen des herrschenden politischen Diskurses einfügen konnten, dabei gestolpert sind, weil die Liberalen mit ihrem zurückhaltenden Taktieren für viele Wähler nicht länger glaubhaft wirkten. Anders als in Genf, wo die Sansculotten ihr Hohngeschrei den gestürzten Aristokraten nachsandten, gellte nun hier in Basel den geschlagenen Liberalen das Lachen der radikalen Wirtshäusler entgegen. (SB 24.4.47)

3. Der Diskurs über die bürgerliche Gesellschaft

Ich habe bis jetzt den ereignisgeschichtlichen Rahmen nachgezeichnet, in dem sich der Diskurs über die bürgerliche Gesellschaft